



Verein der Kapitäne und Schiffsoffiziere e.V.

Verein der Kapitäne und Schiffsoffiziere e.V.
Wokreuter Str. 40, 18055 Rostock

Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Staatskanzlei

Schlossstrasse 2-4
19053 Schwerin

Betr.: Piraterie gefährdet zunehmend auch Kapitäne aus Mecklenburg-Vorpommern

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

der *Verein der Kapitäne und Schiffsoffiziere (VKS) Rostock* wendet sich an Sie, da die zunehmende Piraterie am Horn von Afrika auch Seeleute, und insbesondere Kapitäne, aus Mecklenburg-Vorpommern gefährdet. Soweit nicht schon geschehen, sollte deshalb unser Bundesland auf Bundesebene politisch aktiv werden, um uns bei der Durchsetzung der dringend notwendigen und wirksamen Maßnahmen zur Piratenabwehr zu unterstützen.

Der VKS Rostock ist dem *Verband der Kapitäne und Schiffsoffiziere Hamburg (VDKS)*, dem Dachverband deutscher Kapitäns- und Schiffsoffiziersvereine, angeschlossen. In diesem hat unser Verein die größte Anzahl von aktiven Kapitänen und Schiffsoffizieren als Mitglieder.

Darüber hinaus sind wir in der CONFEDERATION OF EUROPEAN SHIPMASTERS ASSOCIATIONS (CESMA) im Präsidium dieser Dachorganisation europäischer Kapitänsverbände vertreten. Wir stellen den Präsidenten und einen Berater des Präsidiums. Alle oben genannten nationalen und internationalen Verbände und Vereine befassen sich seit mehreren Jahren intensiv mit dem Problem der Piraterie und deren Bekämpfung, müssen jedoch feststellen, dass sich die Situation für die Kapitäne und deren Besatzungen bisher nicht verbessert hat. Im Gegenteil, die Aggressivität der Piraten gegen die Schiffsbesatzungen nimmt weiter zu.

Die folgenden Fakten machen die Situation für die Seeleute deutlich. Seit die Lage vor den Küsten Somalias 2008 eskalierte, sind bisher ca. 3600 Seeleute als Geiseln in Gefangenschaft der Piraten unter extremen Bedingungen geraten und ca. 60 kamen ums Leben. Der Innenminister von Niedersachsen Herr Schünemann stellte in seiner Eröffnungsrede auf einer Fachkonferenz am 26.09.2011 in der Landesvertretung seines Landes in Berlin klar, dass die Piraten im Indischen Ozean immer aggressiver werden, die Geiselnahmen zunehmen, die Lösegeldforderungen und -zahlungen immer höher werden. Eine zunehmende Verbindung der Piraten mit terroristischen islamistischen Kreisen ist sehr wahrscheinlich. Alle die hier nur ganz kurz angesprochenen Fakten dürften Ihnen hinlänglich bekannt sein.

Den Berufsverbänden ist klar, dass das Problem der Piraterie langfristig nur international auf politischer Ebene in Somalia zu lösen ist. Für unsere zur See fahrenden Kameraden

sind jedoch kurzfristige Lösungen dringend erforderlich, da ihre Gefährdung von Tag zu Tag zunimmt.

Die Berufsverbände und auch wir als *VKS Rostock* forderten bisher und fordern auch weiterhin die strikte Durchsetzung der entsprechenden IMO Resolutionen. In ihnen wird ganz klar die Bewaffnung der Besatzungen von Handelsschiffen zur Piratenabwehr abgelehnt, denn die Besatzungen sind Zivilpersonen und keine Militärangehörigen.

Piraterie ist kein Kavaliersdelikt, sondern kriminell und ein Verbrechen, Piraten sind klar ausgedrückt Verbrecher, die mit allen Mitteln zu bekämpfen sind.

Die internationale Staatengemeinschaft muss im Kampf gegen die Piraterie eng zusammenarbeiten, das heißt aber auch, dass zuallererst in Deutschland die Bundesländer eng mit der Bundesregierung zusammenarbeiten müssen. Auch aus Mecklenburg-Vorpommern fahren viele Seeleute durch die von Piraten heimgesuchten Seegebiete und leben damit ständig in Gefahr angegriffen und im schlimmsten Fall als Geisel genommen zu werden. Unser Bundesland sollte deshalb sehr eng mit den Regierungen der Küstländer Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen im Kampf gegen die Piraten zusammenarbeiten. So weit uns bekannt ist, haben Hamburg und Niedersachsen z.B. bereits mit parlamentarischen Maßnahmen auf die zunehmende Piraterie reagiert.

Der Kampf gegen Piraterie ist in jeder Hinsicht eine hoheitliche Aufgabe, somit ist für die Koordinierung aller Einsatzkräfte die Bundespolizei bzw. die Marine zuständig. Bei der Vielzahl der Schiffe unter deutscher Flagge bzw. unter anderer Flagge aber mit deutschem Eigner und auch deutschen Besatzungsmitgliedern reichen die zur Zeit vorhandenen hoheitlichen Kräfte (Bundespolizei und Marine) nicht aus, um alle zu schützen. Dies wird sowohl durch unseren Verein als auch durch den VDKS so gesehen und akzeptiert.

Als ein Mittel zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation hat die Bundesregierung beschlossen, private zertifizierte Sicherheitstrupps auf deutschen Schiffen zuzulassen. Die Zertifizierung soll durch die Bundespolizei erfolgen und der Einsatz durch Bundespolizei und Marine koordiniert werden

Mit Sorge sehen wir als Berufsverband bei dieser Lösung jedoch die fehlende Rechtssicherheit für die Kapitäne auf den betroffenen Schiffen. Voraussetzung für den Einsatz privater bewaffneter Sicherheitskräfte muss sein, dass dazu die rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind und die Verantwortung der involvierten Partner, (Flaggenstaat, Reeder, Private Sicherheitskräfte und Kapitän) eindeutig geklärt ist. Der Kapitän hat nach dem geltenden internationalen und nationalen Recht die **uneingeschränkte Verantwortung** für das Schiff und den damit verbundenen Schiffsbetrieb, es sei denn, diese ist durch gesetzliche Regelungen eingeschränkt. Damit liegt die Verantwortung beim gewaltsamen Tod von Personen im Rahmen der bewaffneten Piratenabwehr eindeutig beim Kapitän, dieser genießt aktuell aber weder national noch international persönliche Straffreiheit. Er ist auch zivilrechtlich in keiner Weise abgesichert. Sollte es während eventueller Kampfhandlungen mit Piraten zu Verletzten oder sogar Toten kommen (z.B. auch Geiseln, die von Piraten als Schutzschild missbraucht werden, Besatzungsmitgliedern usw.) könnte der Kapitän strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, das bedeutet Anklage und bei Verurteilung Freiheitsstrafe.

Deshalb fordern wir ausschließlich für diesen Fall eine festgeschriebene Straffreiheit für den Kapitän. Die von uns bevorzugte Alternative wäre jedoch, die zertifizierten Sicherheitstrupps erhalten einen hoheitlichen Rechtsstatus (Rechte und Pflichten), sodass bei einem eventuellen Angriff durch Piraten und dessen Abwehr die Verantwortung für alle militärischen Handlungen auf den Leiter des privaten Sicherheitstrupps übertragen wird.

Wenn auch in Mecklenburg-Vorpommern leider nicht mehr viele Reedereien ansässig sind, gibt es aber eine große Anzahl aktiver Kapitäne und Schiffsoffiziere aus unserem Bundesland, die auf Schiffen unterschiedlicher Reedereien und Flaggen tätig sind. Sie sind wie bereits erwähnt zur Zeit beim Befahren der verschiedenen Seegebiete wie z.B. Golf von Aden, Indischer Ozean, Westafrika extrem gefährdet. Deren Interessen zu vertreten ist eine unserer Hauptaufgaben als Berufsverband und führt uns zu der Forderung an die Politik, schnell und tatkräftig zum Wohle unserer Kameraden auf See zu handeln. Wir bitten deshalb die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern auf Bundesebene politisch aktiv zu werden, um eine effektive Piratenabwehr unter Berücksichtigung einer eindeutigen Rechtsstellung des Kapitäns zu gewährleisten. Dazu bitten wir Sie verehrter Herr Ministerpräsident oder einen Vertreter des zuständigen Ministeriums um ein Gespräch, damit wir die Probleme und die aus unserer Sicht notwendigen Maßnahmen im Detail darstellen und diskutieren können.

Mit der Hoffnung auf eine baldige Antwort
verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Kapitän Wolf von Pressentin
Vorsitzender VKS Rostock
Präsident CESMA